

Kath. Kirchenstiftung Freihung
FRIEDHOFSVERWALTUNG



FRIEDHOFSORDNUNG

(Ausgabe I)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Gegenstand der Friedhofsordnung
- § 2 Zweck des Friedhofs

II. Ordnungsvorschriften

- § 3 Öffnungszeiten
- § 4 Verhalten auf dem Friedhof
- § 5 Gewerbliche Arbeiten

III. Bestattungsvorschriften

- § 6 Anmeldung / Bestattungen
- § 7 Säрге, Urnen
- § 8 Ruhezeit
- § 9 Ausgrabungen, Umbettungen

IV. Grabstätten

- § 10 Allgemeines
- § 11 Aufteilungspläne
- § 12 Einzelgräber
- § 13 Doppelgräber
- § 14 Kindergräber
- § 15 Urnengräber
- § 16 Gräfte
- § 17 Größe der Gräber
- § 18 Nutzungsrecht
- § 19 Widerruf der Rechte an Grabstätten
- § 20 Beendigung von Nutzungsrechten

V. Gestaltung der Grabstätten, Grabmäler

- § 21 Gestaltungsgrundsätze
- § 22 Anlegung und Instandhaltung der Gräber
- § 23 Genehmigungspflicht für Grabmäler und sonstige bauliche Anlagen
- § 24 Materialien und Gestaltung von Grabmälern
- § 25 Fundamentierung und Befestigung, Unterhalt und Entfernung von Grabmälern

VI. Leichenhaus und Trauerfeier

- § 26 Benutzung des Leichenhauses
- § 27 Trauerfeiern

VII. Übergangs- und Schlussvorschriften

- § 28 Übergangsrecht
- § 29 Ausnahmen
- § 30 Haftungsausschluss
- § 31 Gebühren
- § 32 Inkrafttreten

Stiftungsaufsichtliche Genehmigung

Bekanntmachungsvermerk

FRIEDHOFSORDNUNG

Die Katholische Pfarrkirchenstiftung - Hl. Dreifaltigkeit - in 92271 Freihung, kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts, erlässt folgende Friedhofsordnung:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand der Friedhofsordnung

- (1) Der kath. Friedhof - Freihung "Alter und Neuer Teil" - steht im Eigentum der katholischen Kirchenstiftung Hl. Dreifaltigkeit Freihung mit dem Sitz in 92271 Freihung und ist somit ein kirchlicher Friedhof im Sinne des kirchlichen Gesetzbuches. Zum Friedhof gehört auch das Leichenhaus.
- (2) Der Friedhof wird von der Kirchenverwaltung der katholischen Kirchenstiftung 92271 Freihung unterhalten, verwaltet und beaufsichtigt (Friedhofsverwaltung). Die katholische Kirchenstiftung 92271 Freihung ist Träger des Friedhofs.

§ 2 Zweck des Friedhofs

- (1) Der Friedhof dient zur Bestattung der Katholiken der Pfarrei 92271 Freihung, die bei ihrem Tod Einwohner der Pfarrei waren oder nach den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung Anspruch auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben.
- (2) Mit Zustimmung der Kirchenverwaltung können in dem Friedhof auch auswärtige Katholiken bestattet werden, wenn sie diesen entweder selbst als Bestattungsplatz gewählt haben oder nach dem Wunsch ihrer Angehörigen darin bestattet werden sollen.
- (3) Nichtkatholiken werden aufgrund der staatlichen Bestimmungen im Friedhof bestattet, wenn sie in der oben genannten Pfarrei oder der dazu gehörigen Gemeinde ihren Wohnsitz hatten oder dort gestorben sind und ein anderer geeigneter Bestattungsplatz nicht vorhanden ist oder sie nach den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung einen Anspruch auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben.
- (4) Für Personen, die in Abs. (1) bis (3) nicht genannt sind, bedarf es zur Bestattung auf dem Friedhof der besonderen Erlaubnis der Kirchenverwaltung.
- (5) Für eine Totgeburt, das ist gemäß Art. 6 Abs. 1 Bestattungsgesetz eine totgeborene oder während der Geburt verstorbene Leibesfrucht mit einem Gewicht von mindestens 500 Gramm, gelten die Vorschriften des Bestattungsgesetzes.
Eine Fehlgeburt, das ist eine totgeborene oder während der Geburt verstorbene Leibesfrucht mit einem Gewicht unter 500 Gramm, kann bestattet werden.

II. Ordnungsvorschriften

§ 3 Öffnungszeiten

Der Friedhof ist grundsätzlich tagsüber geöffnet. Die Öffnungszeiten werden an einer geeigneten Stelle (Friedhofseingang, Kircheneingang) bekanntgegeben. Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten des Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 4 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder Besucher hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen der Friedhofsverwaltung bzw. der von ihr bestellten Personen (Friedhofspersonal) ist Folge zu leisten.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 1. Wege mit Fahrzeugen aller Art (ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle und Leichenwagen) zu befahren,
 2. den Friedhof, seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen,
 3. Grabeinfassungen oder Grabbeete unbefugt zu betreten,
 4. zu rauchen, zu lärmern oder zu spielen,
 5. Tiere mitzunehmen (ausgenommen Blindenhunde),
 6. Druckschriften zu verteilen oder zu verkaufen,
 7. Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 8. ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung für gewerbliche Zwecke zu fotografieren,
 9. Wasser zu anderen Zwecken als zum Zwecke der Grabpflege zu entnehmen,
 10. Abraum und Abfälle an anderen als an den vorgesehenen Plätzen abzulegen.

§ 5 Gewerbliche Arbeiten

- (1) Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof bedürfen der Erlaubnis der Friedhofsverwaltung. Die Erlaubnis ist schriftlich zu beantragen. Der Antragsteller erhält einen Erlaubnisbescheid, der gleichzeitig als Ausweis für die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten gilt. Der Bescheid ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen.
- (2) Die Erlaubnis kann für Tätigkeiten, die mit dem Friedhofszweck vereinbar sind (insbesondere für Steinmetze, Bildhauer, Gärtner, Bestatter), erteilt werden, wenn der jeweilige Antragsteller in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig ist und einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist. Die Erlaubnis kann befristet oder mit Auflagen erteilt werden.

- (3) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofsordnung und die dazu ergangenen Regelungen sowie Anweisungen des Friedhofspersonals zu befolgen.
- (4) Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Friedhofsverwaltung kann Verlängerungen der Arbeitszeiten zulassen.
- (5) Die Vornahme gewerblicher oder störender Arbeiten ist während einer Totenfeier oder einer Bestattung in deren Nähe untersagt.
- (6) Den zur Vornahme gewerblicher Arbeiten Berechtigten ist - soweit erforderlich und möglich - die Benutzung der Friedhofswege mit geeigneten Fahrzeugen gestattet. Wege und sonstige Anlagen dürfen dabei nicht über das übliche Maß hinaus beansprucht werden.
- (7) Die Arbeitsplätze sind nach Beendigung der Arbeiten wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- (8) Die Friedhofsverwaltung kann die Erlaubnis der Gewerbetreibenden, die gegen die Vorschriften der Friedhofsordnung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.
- (9) Für alle Schäden, die aufgrund oder gelegentlich der gewerblichen Tätigkeiten von den Gewerbetreibenden oder ihren Bediensteten schuldhaft verursacht werden, haben die Gewerbetreibenden einzustehen. § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB ist ausgeschlossen.

III. Bestattungsvorschriften

§ 6 Anmeldung / Bestattungen

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todesfalles beim Kath. Pfarramt anzumelden. Bei der Anmeldung sind die nach dem Bestattungsrecht erforderlichen Unterlagen (insbesondere Todesbescheinigung, Beerdigungserlaubnisschein) vorzulegen. Bei Anmeldung einer Urnenbeisetzung sind insbesondere die standesamtliche Urkunde und die Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen. Ein bestehendes Grabnutzungsrecht ist nachzuweisen.
- (2) Das Grab muss spätestens 24 Stunden vor Beginn der Bestattung bei dem Kath. Pfarramt bestellt werden. Ort und Zeitpunkt der Bestattung werden vom Kath. Pfarramt festgesetzt.
- (3) Alle mit der Bestattung im Zusammenhang stehenden Verrichtungen werden ausschließlich durch die vom Friedhofsträger beauftragten Personen ausgeführt. Dazu gehören insbesondere:
 - Aushebung und Schließen des Grabes,
 - Ausschmücken des Aufbewahrungsraumes und der Aussegnungshalle,
 - Beförderung der Leiche von der Aussegnungshalle / dem Aufbewahrungsraum zum Grab,
 - Versenken des Sarges in das Grab (Beisetzungsakt),
 - Beisetzung der Urne.

- (4) Das vorhandene Grabmal und weitere Grabeinrichtungen sind rechtzeitig vor Aushebung des Grabes von dem Bestattungspflichtigen zu entfernen. Andernfalls kann die Friedhofsverwaltung die Entfernung veranlassen und die hierdurch entstehenden Kosten in Rechnung stellen.

§ 7 Särge, Urnen

- (1) Die Särge dürfen nur aus Holz hergestellt sein; sie müssen so abgedichtet sein, daß bis zur Bestattung Feuchtigkeit nicht austreten kann.
- (2) Für die Bestattung in vorhandenen Gräften sind nur Särge zugelassen, die luftdicht abgeschlossen sind.
- (3) Urnen, die über der Erde beigesetzt werden, müssen dauerhaft und wasserdicht sein.
- (4) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Bestattungsrechts.

§ 8 Ruhezeit

Die Ruhezeit bis zur Wiederbelegung eines Grabplatzes beträgt für Leichen und Aschenreste 15 Jahre, für Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr sowie für Todgeburten und Fehlgeburten (§ 2 Abs 5) 10 Jahre.

§ 9 Ausgrabungen, Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Ausgrabungen zum Zwecke der Umbettung oder der nachträglichen Einäscherung oder Überführung bedürfen unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften (Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde) der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung wird nur erteilt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Jede Ausgrabung ist bei der Friedhofsverwaltung zu beantragen; den Antrag kann nur der Nutzungsberechtigte stellen.
- (3) Ausgrabungen und Umbettungen werden nur von Beauftragten der Friedhofsverwaltung, die auch den Zeitpunkt der Ausgrabung oder Umbettung bestimmt, durchgeführt. Auf den Ablauf der Ruhezeit haben Umbettungen keinen Einfluss.

IV. Grabstätten

§ 10 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers. Es können an ihnen nur Nutzungsrechte nach den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung erworben werden. Ein Rechtsanspruch auf den Erwerb oder Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer bestimmten Grabstätte besteht nicht.

(2) Grabstätten im Sinne dieser Friedhofsordnung sind:

- a) Einzelgräber,
- b) Doppelgräber,
- c) Urnengräber,
- d) Kindergräber
- e) Grüfte.

§ 11 Aufteilungspläne

Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Friedhofsplan (Belegungsplan). In ihm sind die einzelnen Grabstätten fortlaufend nummeriert.

§ 12 Einzelgräber

Ein Einzelgrab besteht aus einer Grabstelle. In ihm können ein Sarg und, falls die Bodenbeschaffenheit eine Tieferlegung zulässt, ein weiterer Sarg beigesetzt werden.

§ 13 Doppelgräber

Ein Doppelgrab besteht aus 2 Grabstellen. In ihm können 2 Säрге und, falls die Bodenbeschaffenheit eine Tieferlegung zulässt, weitere 2 Säрге beigesetzt werden.

§ 14 Kindergräber

- (1) Für Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr können an besonderer Stelle des Friedhofs Einzelgräber eingerichtet werden (Kindergräber).
- (2) An Kindergräbern wird ein Nutzungsrecht nur anlässlich einer Bestattung erworben. Es darf während der Ruhezeit einer Leiche keine weitere Bestattung vorgenommen werden. Die Umwandlung eines Kindergrabes in ein anderes Grab ist nicht zulässig

§ 15 Urnengräber

- (1) Urnen können grundsätzlich nur in besonders ausgewiesenen Urnengräbern beigesetzt werden.
- (2) In einem Urnengrab dürfen bei laufender Ruhefrist bis zu 2 Urnen, bei Tieferlegung bis zu 4 Urnen beigesetzt werden.
- (3) Urnen dürfen auch in Einzel- oder Doppelgräbern beigesetzt werden, jedoch nicht mehr als 3 Urnen anstelle 1 Sarges.
- (4) Aschenreste und Urnen müssen gemäß den jeweils geltenden staatlichen Vorschriften gekennzeichnet sein.

§ 16 Gräfte

Doppelgräber dürfen nur mit schriftlicher Erlaubnis der Friedhofsverwaltung an den planmäßig vorgesehenen Stellen als Gruft ausgemauert werden. Ein Anspruch auf die Errichtung einer Gruft besteht nicht.

§ 17 Größe der Gräber

(1) Die Außenmaße der Grabeinfassungen betragen:

a) Doppelgräber	Länge	200 cm
	Breite	200 cm
b) Einzelgräber	Länge	200 cm
	Breite	100 cm
c) Kindergräber	Länge	120 cm
	Breite	60 cm
d) Urnengräber	Länge	120 cm
	Breite	60 cm
e) Gräfte	Länge	200 cm
	Breite	200 cm

(2) Im Übrigen setzt in Einzelfällen die Ausmaße der Grabstätten die Friedhofsverwaltung fest. Dies gilt auch für den seitlichen Abstand zum Nachbargrab; der beträgt bei Einzelgräbern, Doppelgräber und Gräften mindestens 0,70 m. Der Abstand zwischen Kindergräbern und Urnengräbern beträgt 0,40 m.

(3) Die Tiefe des Grabes beträgt von der Erdoberfläche (ohne Grabhügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 100 cm. Der Abstand ist bei Tieferlegung entsprechend größer.

§ 18 Nutzungsrecht

(1) Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte (Einzelgrab, Doppelgrab, Urnengrab, Gruft) wird im Bestattungsfalle für die Dauer der Ruhezeit (§ 8) erworben; es kann, bei Entrichtung der Grabnutzungsgebühr auf jeweils weitere 5 Jahre verlängert werden.

Ein Nutzungsrecht an einer unbelegten Grabstätte kann für die Dauer von jeweils 5 Jahren erworben bzw. verlängert werden.

(2) Das Nutzungsrecht wird bei allen Grabstätten durch Entrichtung der hierfür festgesetzten Gebühren erworben (vgl. Friedhofsgebührenordnung). Über den Erwerb des Nutzungsrechts wird eine Urkunde ausgestellt, die den Nutzungsberechtigten bezeichnet; entsprechendes gilt für die Verlängerung bzw. den Übergang des Nutzungsrechts im Falle der Rechtsnachfolge.

(3) Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, soweit eine Bestattung nach §§ 12 – 16 zulässig ist, in der Grabstätte bestattet zu werden und bei Eintritt eines Bestattungsfalles über

andere Bestattungen zu entscheiden. Er hat die in dieser Friedhofsordnung geregelten Rechte und Pflichten, insbesondere die Pflicht zur Anlegung und Pflege der Grabstätte.

- (4) Der Nutzungsberechtigte kann zu seinen Lebzeiten das Recht nur mit schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf einen anderen mit dessen Einverständnis übertragen.
- (5) Der Nutzungsberechtigte kann das Recht auch durch Verfügung von Todes wegen auf einen anderen übertragen.
Wird das Nutzungsrecht nicht nach Satz 1 übertragen, so geht es beim Tod des Nutzungsberechtigten auf seine Angehörigen über, die für seine Bestattung zu sorgen haben. Andernfalls geht es auf die gesetzlichen Erben über.
Der Rechtsnachfolger ist verpflichtet, den Erwerb umgehend der Friedhofsverwaltung anzuzeigen. Dieser Anzeige ist ein Nachweis über die Rechtsnachfolge beizufügen.
Erklärt sich niemand bereit, das Nutzungsrecht zu übernehmen, kann die Kirchenverwaltung sich an die Erben halten. Das Nutzungsrecht endet in diesem Fall mit Ablauf der Ruhezeit des zuletzt Bestatteten.
- (6) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht ist nur für die gesamte Grabstätte möglich; er ist schriftlich zu erklären.

§ 19 Widerruf der Rechte an Grabstätten

Das Nutzungsrecht an Grabstätten kann aus wichtigen Gründen des Gemeinwohls, insbesondere der Friedhofsgestaltung, widerrufen werden. Ist die Grabstätte belegt, so gewährt die Friedhofsverwaltung dem Nutzungsberechtigten eine möglichst gleichwertige andere Grabstätte für die Dauer der restlichen Nutzungszeit.

§ 20 Beendigung von Nutzungsrechten

- (1) Bei Beendigung des Nutzungsrechts hat der Nutzungsberechtigte die Grabstätte auf eigene Kosten zu räumen. Der Ablauf des Nutzungsrechts soll dem Nutzungsberechtigten 3 Monate zuvor mitgeteilt werden. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder ist er oder sein Aufenthalt nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt eine öffentliche Bekanntmachung am Anschlagbrett des Friedhofs oder ein Hinweis an der Grabstätte.
- (2) Über Grabstätten, bei denen das Nutzungsrecht erloschen und die Ruhefrist abgelaufen ist, kann die Friedhofsverwaltung verfügen. Im Rahmen dieser Verfügung kann die Friedhofsverwaltung Urnen- und Knochenreste entfernen und an anderer Stelle des Friedhofs würdig bestatten lassen. Eventuelle Grabeinfassungen, das Grabmal oder anderweitige Gegenstände werden bei nicht rechtzeitiger Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten entfernt; eine Aufbewahrungspflicht besteht nicht, so daß diese sofort verwertet oder vernichtet werden dürfen. Ersatzansprüche des Nutzungsberechtigten sind ausgeschlossen.

V. Gestaltung der Grabstätten, Grabmäler

§ 21 Gestaltungsgrundsätze

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, daß die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
- (2) Die Würde des Friedhofs als Stätte der letzten Ruhe und des Gedenkens ist zu wahren.
- (3) Das Grabmal darf den Friedhof nicht verunstalten, insbesondere nach Form, Stoff und Farbe nicht aufdringlich wirken. Es darf nicht geeignet sein, Ärgernis zu erregen oder den Friedhofsbesucher im Totengedenken stören. Inhalt und Art der Inschrift müssen der Würde des Friedhofs entsprechen.

§ 22 Anlegung und Instandhaltung der Gräber

- (1) Jede Grabstätte ist unter Beachtung der Grundsätze des § 21 vom jeweiligen Nutzungsberechtigten spätestens 6 Monate nach der letzten Bestattung anzulegen und dauernd instand zu halten.
- (2) Grabstätten dürfen nur mit solchen Pflanzen geschmückt werden, deren Wuchs die Wege und angrenzenden Grabstätten nicht beeinträchtigt. Bäume und großwüchsige Sträucher dürfen nicht gepflanzt werden.
- (3) Verwelkte Blumen, Pflanzen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen. Für die Ablage von Abfällen sind ausschließlich die dafür vorgesehenen Ablageplätze zu verwenden. Abfall ist entsprechend den angebotenen Möglichkeiten der Abfalltrennung zu sortieren und getrennt abzulegen. Auf den Ablageplätzen dürfen nur Abfälle abgelegt werden, die unmittelbar bei der Anlegung, Pflege oder Entfernung einer Grabstätte anfallen.
- (4) Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmittel dürfen nicht verwendet werden. Ebenfalls ist auf Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe möglichst zu verzichten.
- (5) Die Wege zwischen den Gräbern und die Grabzwischenräume müssen je zur Hälfte von dem Nutzungsberechtigten sauber gehalten werden, wobei die vordere Grenze der halbe zum Grab führende Weg, die seitliche Grenze die Hälfte des Abstandes zwischen den Gräbern und die hintere Grenze die Hälfte des angrenzenden Weges oder oberhalb einer Böschung oder Terrasse liegende Weg ist. Ist ein Weg oder ein Nachbargrab nicht vorhanden, gilt ein entsprechender Flächenumfang.
- (6) Kommt der Nutzungsberechtigte den vorgenannten Verpflichtungen nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung nach vorheriger Ankündigung und angemessener Fristsetzung die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Verpflichteten treffen. Werden hierbei die entstandenen Kosten nach Aufforderung nicht ersetzt, so kann die Friedhofsverwaltung nach erneuter Fristsetzung das Grabmal entfernen, den Grabhügel einebnen und nach Ablauf der Ruhezeit die Grabstätte neu vergeben; § 20 gilt insoweit entsprechend. Das Nutzungsrecht kann in diesen Fällen entschädigungslos entzogen werden.

§ 23 Genehmigungspflicht für Grabmäler und sonstige bauliche Anlagen

- (1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmälern und sonstigen baulichen Anlagen (Grabeinfassungen u.a.) müssen bei der Friedhofsverwaltung beantragt werden und bedürfen – unbeschadet sonstiger Vorschriften – der schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung. Eine weitere Beschriftung eines genehmigten Grabmals aus Anlass eines weiteren Bestattungsfalles ist genehmigungsfrei, wenn die Beschriftung in der gleichen Weise wie die bereits vorhandene Schrift erfolgt. Provisorische Grabmale sind genehmigungsfrei. Den Antrag hat der Nutzungsberechtigte zu stellen.
- (2) Dem Antrag gemäß Abs. 1 sind Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung beizufügen.
- (3) Die Genehmigung wird erteilt, wenn das Grabmal oder die sonstigen baulichen Anlagen den gesetzlichen Vorschriften und den Regelungen dieser Ordnung entsprechen. Die Genehmigung erlischt, wenn die Ausführung nicht binnen eines Jahres nach der Genehmigung erfolgt ist.
- (4) Werden Grabmäler, Grabeinfassungen oder sonstige bauliche Anlagen ohne Genehmigung oder abweichend von der Genehmigung errichtet oder geändert, so kann die Friedhofsverwaltung die vollständige oder teilweise Beseitigung der Anlagen anordnen, wenn auf andere Weise rechtmäßige Zustände nicht hergestellt werden können. § 20 gilt entsprechend.

§24 Materialien und Gestaltung

- (1) Aus Gründen der Standsicherheit dürfen Grabmale die nachstehenden Maße nicht überschreiten (das Flächenmaß ergibt sich aus der Ansichtsfläche des stehenden Grabmals einschließlich eines eventuell vorhandenen Sockels).

a) Doppelgrab	max. Fläche	1,80 m ² ,	max. Höhe	1,60 m.
b) Einzelgrab	max. Fläche	1,10 m ² ,	max. Höhe	1,30 m.
c) Kindergräber	max. Fläche	0,55 m ² ,	max. Höhe	0,90 m.
d) Urnengräber	max. Fläche	0,55 m ² ,	max. Höhe	0,90 m.

Kreuze (Plastiken usw.) dürfen bei Einzelgräbern eine Höhe von 130 cm, bei Doppelgräbern und Gräften eine Höhe von 160 cm, bei Kinder und Urnengräbern eine Höhe von 90 cm nicht überschreiten.

- (2) Grabeinfassungen sind in denselben Werkstoffen wie die Grabmale zugelassen und haben sich in Länge und Breite nach der jeweiligen Größe der Gräber zu richten. Die Höhe und die Breite sollen jeweils 20 cm nicht überschreiten. Ausnahmen können in begründeten Einzelfällen erteilt werden, sofern sie das Gesamtbild nicht beeinträchtigen.
- (3) Als Werkstoffe werden alle Natursteine, Kunststeine in werkgerechter Ausführung sowie Holz und Metall zugelassen.

Folgende Werkstoffe werden nicht zugelassen:

Gebilde aus Gips, Dachpappe, Zementmasse, Baumrinde, Kunststoffe und vergleichbare Materialien, Glas, Kork, Tropfstein, Schlacke, nachgeahmtes Mauerwerk, Porzellanfiguren, Lichtbilder (anstelle eines Grabmals) in allen Ausführungen, Perlenkränze und alle schablonenhafte Gegenstände, ferner Holzkreuze mit aufgemalter Maserung, einzeln stehende Eingangspforten, Nachbildungen und Baumformen in Stein und sonstige Nachahmungen.

Gegenstände, welche gegen die Würde und Eigenart des Friedhofs verstoßen, dürfen auf Grabmalen nicht angebracht werden.

- (5) Das Grabbeet ist der Teil der Grabstätte, der dem Grabnutzungsberechtigten zur Gestaltung überlassen ist.
 - a) Das Grabbeet darf nicht über 15 cm hoch sein.
 - b) Grabplatten, die das Grabbeet vollständig überdecken, sind nur bei Kinder- und Urnengräbern zugelassen.
Ausnahmen bei Einzel- und Doppelgräbern werden nur unter streng angelegten Kriterien erteilt, z.B. wenn vom Verstorbenen keine Angehörigen mehr leben.
 - c) Bei Doppelgräbern muss die zur Bepflanzung offene Freifläche mindestens 1,40 m² betragen, bei Einzelgräbern 0,80 m².
 - d) Das Verlegen von Platten und anderen Pflastermaterial zwischen den Gräbern ist unzulässig. Flächen zwischen den Gräbern im Friedhof "Neuer Teil" sind nur mit Gras bedeckt, Flächen zwischen den Gräbern im Friedhof "Alter Teil" dürfen nur mit dem von der Friedhofsverwaltung festgelegtem Kiesel (kein Kalksplitt usw.) bedeckt werden.

§ 25 Fundamentierung und Befestigung, Unterhalt und Entfernung von Grabmälern

- (1) Die Grabmäler und die sonstigen baulichen Anlagen sind nach den anerkannten Regeln des Handwerks herzustellen, zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
- (2) Die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Friedhofsverwaltung im Rahmen des § 23. Sie kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung hergestellt worden ist. Die Friedhofsverwaltung kann die Fundamentierung von Grabmälern selbst ausführen oder ausführen lassen.
- (3) Die Grabmäler und sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in gutem und verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Verantwortlich für den Zustand und für alle Schäden ist der Nutzungsberechtigte.
Kommt der Verantwortliche seiner Unterhaltungspflicht trotz Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so kann die Friedhofsverwaltung das Grabmal oder Teile desselben auf Kosten des Verantwortlichen entfernen; § 20 gilt insoweit entsprechend.
Bei Gefahr in Verzug kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Nutzungsberechtigten Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umlegen, Entfernen von Grabmälern, Absperren) treffen.

- (4) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmäler oder bauliche Anlagen, die als besondere Eigenart des Friedhofes aus früheren Zeiten gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Friedhofsverwaltung. Sie werden in einem Verzeichnis festgehalten. Die Entfernung oder Änderung solcher Grabmäler oder Anlagen bedürfen der schriftlichen Genehmigung der Kirchenverwaltung. Die zuständige Denkmal-schutzbehörde ist nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen.

VI. Leichenhaus und Trauerfeiern

§ 26 Benutzung des Leichenhauses

- (1) Das Leichenhaus dient zur Aufbewahrung der Leichen aller im Gebiet der Pfarrei Verstorbenen, bis sie bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenurnen bis zur Beisetzung im Friedhof.
- (2) Die Leichen werden in der Leichenhalle aufgebahrt. Besucher und Angehörige haben keinen Zutritt zu dem Aufbahrungsraum. Leichen von Personen, die beim Eintritt des Todes an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes erkrankt waren, werden in einem gesonderten Raum untergebracht.
- (3) Die Leichen werden auf Wunsch der Angehörigen, die für die Bestattung zu sorgen haben, im offenen oder geschlossenen Sarg aufgebahrt. Leichen sind im geschlossenen Sarg aufzubahren, wenn der Zustand der Leiche aus Gründen der Hygiene oder der Pietät eine offene Aufbahrung verbietet.
- (4) Lichtbilder aufgebahrter Leichen dürfen nur mit Zustimmung der Angehörigen, die für die Bestattung zu sorgen haben, aufgenommen werden. Das gleiche gilt für die Abnahme von Totenmasken; sie bedarf außerdem der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 27 Trauerfeiern

- (1) Beisetzungen, die nicht durch den Ortsgeistlichen abgehalten werden, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Kirchenverwaltungsvorstands (Ortsgeistlicher). Dies gilt auch für Trauerfeiern oder Gedenkfeiern, die nicht aus Anlass einer Beisetzung stattfinden.
- (2) Erfolgt die Beisetzung im Rahmen einer religiösen Feier, so dürfen vor Beendigung der kirchlichen Handlungen weder Nachrufe gehalten werden, noch Kränze niedergelegt werden.
- (3) Lichtbild-, Film- oder Tonaufnahmen von der Trauerfeier oder vom Leichenzug dürfen ohne Genehmigung der kath. Kirchenstiftung nicht gemacht werden. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn die Angehörigen damit einverstanden

sind oder ein anerkanntes öffentliches Interesse vorliegt. Bei den Aufnahmen ist jede Störung der Feierlichkeiten zu vermeiden.

- (4) Ohne die Erlaubnis der kath. Kirchenstiftung darf ein Ehrensalue nicht abgegeben werden. Ein geeigneter Platz wird angegeben.
- (5) Auffallend oder nicht der Würde entsprechen gekleidete Personen sowie Personen, die sich unwürdig benehmen, kann die Teilnahme an der Trauerfeier versagt werden.

VII. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 28 Übergangsrecht

- (1) Wenn bei Inkrafttreten dieser Friedhofsordnung Grabstätten vorhanden sind, die den Vorschriften dieser Ordnung nicht entsprechen, so hat es dabei sein Bewenden, wenn sie früheren Rechtsvorschriften entsprechen.
- (2) Nach früheren Rechtsvorschriften oder sonstigen Bestimmungen begründete Rechte an einer Grabstätte, insbesondere auch an sogenannten Ewigkeitsgräbern, werden, wenn sie bei Inkrafttreten dieser Ordnung noch bestehen, Nutzungsrechte im Sinne dieser Ordnung. Sie behalten jedoch die Dauer, auf die sie begründet oder letztmals verlängert worden sind, längstens aber für eine Dauer von 50 Jahren seit ihrer Begründung oder letztmaligen Verlängerung.

§ 29 Ausnahmen

Die Friedhofsverwaltung kann im Einzelfall aus besonderen Gründen Ausnahmen bzw. Abweichungen von Vorschriften dieser Satzung zulassen bzw. fordern, wenn öffentliche Belange, insbesondere eine geordnete würdige Totenbestattung, nicht entgegenstehen bzw. dies fordern.

§ 30 Haftungsausschluss

Der Friedhofsträger übernimmt für Schäden, die aufgrund von Verstößen gegen diese Ordnung entstehen und für Schäden, die durch dritte Personen oder deren Beauftragte verursacht werden, keine Haftung.

Die Friedhofsverwaltung überprüft in regelmäßigen Abständen die Sicherheit der Grabanlagen und Friedhofsanlagen. Darüber hinausgehende Obhuts- und Überwachungspflichten bestehen nicht.

§ 31 Gebühren

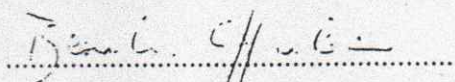
Die Benutzung der von der Pfarrkirchenstiftung verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen ist gebührenpflichtig. Näheres regelt die jeweils geltende Friedhofsgebührenordnung.

§ 32 Inkrafttreten

- (1) Diese Friedhofsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig werden alle für den Friedhof bisher erlassenen Bestimmungen aufgehoben.
- (2) Die Rechte und Pflichten der politischen Gemeinden nach dem jeweils gültigen Bestattungsrecht werden durch diese Friedhofsordnung nicht berührt.

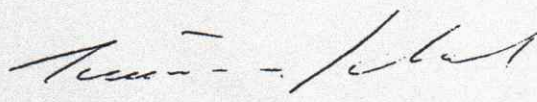
Die Kirchenverwaltung der kath. Kirchenstiftung Freihung hat in ihrer Sitzung vom 28. Januar 2002 vorstehende Friedhofsordnung als Ortskirchensatzung beschlossen.

Freihung, den 28. Januar 2002

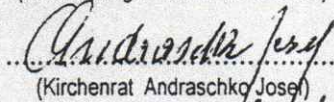


Pfarrer Bernhard Huber
(Kirchenverwaltungsvorstand)

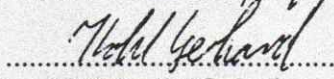
Siegel



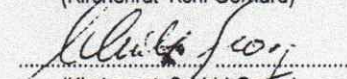
(Kirchenpfleger Kummer Gerhardt)



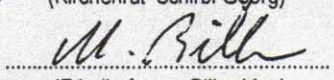
(Kirchenrat Andraschko Josef)



(Kirchenrat Kohl Gerhard)



(Kirchenrat Schirbl Georg)



(Friedhofswart Biller Max)

Vorstehende, von der Kirchenverwaltung der kath. Kirchenstiftung 92271 Freihung am 28. Januar 2002 beschlossene Friedhofsordnung wird hiermit stiftungsaufsichtlich nach Art. 44 KiStift0 genehmigt.

Regensburg, den **27. Mai 2002**

Bischöfliche Finanzkammer



Prälat Robert Hüttner
(Bischöflicher Finanzdirektor)



Siegel